V-105 Rechtsanspruch auf einen Freiwilligendienst

Antragsteller*in: Emilia Milla Fester (KV Hamburg-Mitte)
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

Wir GRÜNE stehen für eine emanzipatorische Jugendpolitik, die jungen Menschen nicht nur Freiräume für ihre persönliche Entwicklung bietet, sondern auch die Rahmenbedingungen schafft, in denen sie Verantwortung übernehmen können. Die aktuellen Debatten um die Wiedereinführung der Wehrpflicht und den von der CDU vorgeschlagenen Pflichtdienst unter dem Namen „Deutschlandjahr" widersprechen diesem Grundsatz. Ein verpflichtendes Dienstjahr, wie es von konservativen Kreisen gefordert wird, ist nicht nur ein Rückschritt, sondern steht in klarem Widerspruch zu unseren Werten: der Selbstbestimmung und Freiheit.

Statt eines Pflichtdienstes, der die Jugend bevormundet, setzen wir auf die Programmvielfalt, die sich bewährt hat, in den Bundesfreiwilligendiensten und Jugendfreiwilligendiensten. Sie bieten jungen Menschen die Möglichkeit nach dem Beenden ihrer Schullaufbahn ein Orientierungsjahr einzulegen und sich dabei freiwillig in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen zu engagieren, fortzubilden und kennenzulernen. Freiwilligendienste sind ein wertvolles Instrument, das die Selbstwirksamkeit junger Menschen stärkt, ihnen Orientierung im Übergang zum Berufsleben bietet und ihnen die Chance gibt, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Dabei liegt der Fokus auf Eigeninitiative und Freiwilligkeit, nicht auf Zwang.

Jedoch können bisher nicht alle jungen Menschen einen Freiwilligendienst leisten, vor allem aus finanziellen Gründen, aber auch, weil es vor Allem in ausgewählten Sparten des Freiwilligendienstes nicht genug Platzangebote gibt. Wir wollen die Struktur der Freiwilligendienste grundlegend reformieren, um diese Zugangshürden zu minimieren und allen jungen, aber auch älteren, Menschen ein Jahr Freiwilligendienst ermöglichen.

Im Rahmen der Einführung eines individuellen Rechtsanspruchs auf einen Freiwilligendienst fordern wir:

- Angleichung der sozialen, ökologischen und internationalen Freiwilligendienste und des Bundesfreiwilligendienst mit dem freiwilligen Wehrdienst in Fragen der Besoldung/Taschengeld und Zusatzleistungen durch staatliche Unterstützung
    - mindestens aber sozialgestaffelte Anhebung des Taschengeldes entlang der BAföG-Sätze + ein kostenfreies Deutschlandticket für alle Freiwilligen und Anrecht auf alle Vergünstigungen, die Studierende und Senior*innen erhalten.
    - Für die Finanzierung braucht es einen neuen Pakt zwischen Bund und Ländern.
- Einen schrittweisen Platzaufwuchs auf 350.000 jährliche Einsatzstellen binnen der nächsten 5 Jahre, vor allem in den Dienstfeldern, deren

Nachfrage höher ist als das Platzangebot. Denkbar ist hier ein Umlagefinanzierung zwischen Wirtschaft, Trägern und Staat.

- Eine Informationsoffensive, mit Motivationsschreiben von dem*der Bundespräsident*in an alle Menschen beim Schulabschluss und einer übergreifenden Plattform, die das breite Angebot der Dienste darstellt, Freiwillige berät, Angebote vermittelt.

- Besserstellung und Ausbau des pädagogischen Begleitprogramms, im Sinne der Medien- & Demokratiebildung bei den Trägern für alle Formen des Freiwilligendienstes, insbesondere beim freiwilligen Wehrdienst. Außerdem die Einrichtung einer Individualberatung oder -coaching für die Resilienz und seelische Gesundheit für die Freiwilligen.

Ein solcher Rechtsanspruch würde nicht nur die Anzahl der Freiwilligen erhöhen, sondern auch die Vielfalt und Qualität der Dienste sicherstellen. Denn nur wenn Freiwilligendienste für alle zugänglich sind – egal ob im Umweltbereich, der Pflege, im Bildungssektor oder im Katastrophenschutz – können sie ihre volle Wirkung entfalten.

Wir GRÜNE sind überzeugt, dass Freiwilligendienste nicht nur eine wertvolle Erfahrung für die Einzelnen sind, sondern auch einen positiven gesellschaftlichen Effekt haben. Sie fördern den Zusammenhalt, schaffen soziale Gerechtigkeit und tragen zur Bewältigung aktueller und zukünftiger Herausforderungen bei. Daher ist es unsere Aufgabe, den Zugang zu Freiwilligendiensten für alle jungen Menschen zu sichern – durch die Einführung eines Rechtsanspruchs und den gezielten Ausbau der Einsatzstellen.

weitere Antragsteller*innen

Denise Loop (KV Dithmarschen); Emily May Büning (KV Hamburg-Eimsbüttel); Pegah Edalatian-Schahriari (KV Düsseldorf); Maria Klein-Schmeink (KV Münster); Eva Lettenbauer (KV Donau-Ries); Jennifer Jasberg (KV Hamburg-Bergedorf); Paul Brock (KV Hamburg-Harburg); Carl-Emil Förster (KV Hamburg-Nord); Anne Dahlhaus (KV Hamburg-Nord); Marius Schlageter (KV Ludwigshafen-Stadt); Lisa Maria Otte (KV Hamburg-Nord); Yusuf Uzundag (KV Hamburg-Altona); Mariann von Redecker (KV Hamburg-Bergedorf); Marlene Schönberger (KV Landshut-Land); Rosa Domm (KV Hamburg-Wandsbek); Tjado Stemmermann (KV Berlin-Neukölln); Julia Michler (LV Grüne Jugend Hamburg); Nils Potthast (KV Hamburg-Bergedorf); Christina Markfort (KV Hamburg-Mitte); sowie 51 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.